

Antrag Nr. 7

der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern] an die
153. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien.

Grundsteuer

Die Nationalbank hat vor kurzem erhoben, dass die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung auch über den größten Besitz an Grundstücken und Gebäuden verfügen. Würde die Grundsteuer vom tatsächlichen Wert berechnet und progressiv gestaltet (Großgrundbesitzer zahlen mehr) wären auch hier Mehreinnahmen von mehr als einer Milliarde Euro pro Jahr möglich, selbst dann wenn Kleinbauern und Häuslbauer entsprechende Begünstigungen bekämen. Die Gemeinden würden diese Mehreinnahmen dringend brauchen. Würde man auch noch hergehen und den Hauseigentümern verbieten, die Grundsteuer im Rahmen der Betriebskosten auf die Mieter zu überwälzen, würden Mieten dadurch sogar etwas billiger. Dieses Überwälzungsverbot bestand im übrigen bis vor 30 Jahren.

Die Vollversammlung der AK-Wien fordert:

Der Finanzminister wird aufgefordert eine Grundsteuernovelle mit folgenden Eckpunkten dem Nationalrat vorzulegen:

- „gemeiner Wert“ als Bemessungsgrundlage,
- Feststellung der Bemessungsgrundlage alle 5 Jahre
- Progression,
- Begünstigung von selbst genutzten Eigenheimen bzw. Eigentumswohnungen
- Überwälzungsverbot der Grundsteuer auf die MieterInnen im Rahmen der Betriebskosten
- Analoges für land- und forstwirtschaftliche Betriebe

Inkrafttreten im Jahre 2011!